

Welt der Arbeit

Ausgabe 20

www.weltderarbeit.de

08. Juni 2005

WdA im Juni

Die Menschen sollen länger arbeiten; sie sollen auf Lohnerhöhungen und soziale Leistungen verzichten, weil das angeblich Arbeitsplätze rettet und neue schafft. Diese Rechnung ging noch nie auf. Trotzdem wird sie gebetsmühlenartig wiederholt. Die WdA hält mit Fakten erneut dagegen. Die Drohung, Arbeitsplätze in Billiglohnländer zu exportieren, gern auch ins nahe osteuropäische Ausland, wird von Unternehmern immer häufiger wahr gemacht. Der Gedanke der europäischen Einigung wird dadurch nicht gefördert. Die Ergebnisse der Volksabstimmungen in zwei Gründerstaaten der Union haben zweifellos auch mit den Existenzsorgen der Beschäftigten in den beiden westlichen Nachbarstaaten zu tun. Dass es aus der Europa-Politik zuweilen auch Positives zu berichten gibt, zeigt der Juni-Rückblick.

Die Themen im Einzelnen:

Seite 1:

Radikaler Kurswechsel gefordert

Seite 2

Wozu länger arbeiten?

Seite 3:

FDP will Tarifverträge beseitigen

Seite 4:

SPD-Unternehmen verweigert Tarifverträge, Nachrichten

Seite 5:

Blick zurück:

Als Europa den Stier bei den Hörnern packte

Seite 6:

Selbsthilfe gegen Armut und Ausbeutung

Seite 7:

Tödliche Geschäfte

Seite 8:

Ausbildung zum Bierholen, Konzerne verdienen wie nie zuvor, Lesetipp

Seite 9:

Menschenfeindliche Politik, Kommentar, Buchtipps, Impressum

Radikaler Kurswechsel gefordert

Mit ihrem „Memorandum 2005“ fordert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die linken Ökonomen kommen in ihrem Gutachten zu folgender Analyse:

„In diesem Frühjahr 2005 werden in Deutschland die Konturen einer Gesellschaft unübersehbar, in der die Macht nicht vom Volke, sondern von den großen Konzernen ausgeht, denen eine konzeptionslose Regierung zur Seite steht. Trotz explosionsartig gestiegener Gewinne und weiterhin günstiger Gewinnerwartungen setzen vor allem die großen Kapitalgesellschaften ihre Belegschaften mit großer Brutalität unter Druck. Sie nutzen die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verunsicherung der Beschäftigten als Hebel, um Arbeitszeiten zu verlängern und Löhne zu senken. Gleichzeitig vernichten sie in großem Umfang Arbeitsplätze. All dies ist gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv und trägt dazu bei, dass die Massenarbeitslosigkeit neue Rekordhöhen erreicht. Gleichzeitig treibt diese Politik den Gewinn und den Börsenwert der Unternehmen weiter in die Höhe. Die Perspektive der Strategie reicht aber weiter: Sie zielt darauf, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse grundlegend und langfristig zugunsten von Vermögen und Kapital und zu Lasten der Arbeit und gesellschaftlicher Solidarität zu verändern. Die Gegenreformen der vergangenen Jahre sollen durch einen weit reichenden Umbau der Gesellschaft verfestigt werden. Angesichts dieser Entwicklung hätte die Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer demokratischen Gesellschaft die Aufgabe, der Aufkündigung sozialer Kompromisse und politischer Standards zugunsten der Herrschaft des Kapitals entgegen zu wirken. Sie müsste einen korrigierenden Rahmen festlegen, der den Menschen eine Perspektive für stabile Beschäftigung, ausreichende Einkommen und soziale Sicherheit bietet. Ein solcher Rahmen,

in dem die Sozialpflichtigkeit des Eigentums Verfassungsrang hat, war in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durch gesellschaftlichen Druck in Westdeutschland geschaffen worden. Inzwischen wird er von Seiten der großen Konzerne zunehmend unterlaufen und zusammen mit ihren Wirtschaftsverbänden offen angegriffen. Dies führt zu gesamtwirtschaftlicher Schwäche, anhaltender Arbeitslosigkeit und sozialer Polarisierung. Auf die Dauer wird hierdurch auch die politische Stabilität einer demokratischen Gesellschaft untergraben.“

Kritisiert wird von den Fachleuten vor allem die Finanzpolitik. „Von 1993 bis 2003 stiegen die Gewinne der Kapitalgesellschaften um 81 Prozent, ihre Gewinnsteuern dagegen nur um drei Prozent. Dennoch haben die Investitionen nicht zugenommen, sondern sind um 11,3 Prozent zurückgegangen, und sie sind auch 2004 erneut gesunken. Die Kapitalgesellschaften haben die Steuergeschenke und damit den Anstieg der Nettoprofitrate nicht zur Finanzierung von Arbeitsplätzen genutzt.“

Als Instrument einer aktiven Beschäftigungspolitik spielt nach Auffassung der Wissenschaftler die Arbeitszeitverkürzung nach wie vor eine wichtige Rolle. „Eine zehnpromtente Arbeitszeitverkürzung, die nur zur Hälfte beschäftigungswirksam würde, könnte – bei gut 38,4 Millionen Beschäftigten in Deutschland – fast zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen oder sichern.“ Als Ursache für die Schwäche der Binnenkonjunktur sehen die Ökonomen besonders die Lohnpolitik der vergangenen Jahre. Die „Lohnzurückhaltung ist ein zentrales Element des Teufelskreises aus zunehmender Ungleichheit der Verteilung, Wachstumschwäche und steigender Arbeitslosigkeit, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit langem befindet.“

Der vollständige Text der Kurzfassung des Memorandums ist abrufbar unter www.memo.uni-bremen.de

Wozu länger arbeiten?

Die Produktionskapazitäten sind in vielen Branchen nicht annähernd ausgelastet. Es fehlen Aufträge. Über Jahre hinweg ist die Produktivität schneller gestiegen als die Nachfrage. Der Kampf um die Kunden wird mit Preisdumping geführt. Die schwache Binnennachfrage verschärft die Konkurrenzsituation. Die meisten Unternehmen versuchen über die Reduzierung der Kosten ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder zu verbessern. Mit Personalabbau und erhöhtem Leistungsdruck für die verbliebenen Beschäftigten sollen Umsatzverluste kompensiert und Renditen gesichert werden. Täglich werden Betriebsräte und Belegschaften gezwungen, auf soziale und tarifliche Leistungen zu verzichten, weil angeblich nur dadurch Arbeitsplätze gesichert werden können. Aber solche Versprechungen schaffen und sichern in der Regel keine Arbeitsplätze.

Mehr Lohn = mehr Kaufkraft

In den betrieblichen und öffentlichen Debatten über einen notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung durch Verbesserung der Binnenkonjunktur wird fast immer verschwiegen, dass steigende Arbeitslosigkeit, Hartz IV und die Einkommensverluste der Beschäftigten den Konsum weiter schwächen. Löhne und Gehälter bedeuten nicht nur Kosten, sondern auch Kaufkraft. Die oft veröffentlichte Behauptung, aus Angst vor der Zukunft gingen die Deutschen nicht mehr auf Einkaufstour, wird zur Erklärung der Konsumschwäche bemüht. Dabei ist die Sparquote der privaten Haushalte im vergangenen Jahr lediglich von 10,7 auf 10,9 Prozent gestiegen. Zum

Vergleich: 1991 lag die Sparquote bei 13 Prozent und im Jahr 1995 bei 11,2 Prozent.

Die Ursache für die anhaltende Konsumschwäche ist eine ganz andere: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die ausgezahlten Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2004 nicht gestiegen. Weil die Preise um 1,5 Prozent zugelegt haben, ist die Kaufkraft der Arbeitnehmer um 1,5 Prozent gesunken. Nimmt man den Anstieg der Produktivität zum Maßstab, hätten die Realeinkommen der Arbeitnehmer um 1,3 Prozent zunehmen können. Insgesamt hätten die Arbeitnehmereinkommen im vergangenen Jahr kostenneutral um 2,8 Prozent steigen müssen, um die bereits aus den Vorjahren geschwächte Kaufkraft nicht noch weiter absinken zu lassen.

Jede Woche präsentieren die Kapitalfunktionäre in Deutschland neue Forderungen: Weniger Urlaub und weniger Urlaubsgeld; Ausweitung des Niedriglohnsektors; weniger Feiertage; Entlastung der Unternehmer von so genannten Lohnnebenkosten; geringere Lohn- und Gehaltskosten; längere Arbeitszeiten – und so weiter und so weiter. Aber warum sollen die Beschäftigten länger arbeiten? Wozu? Es fehlen Aufträge, die mehr Beschäftigung erforderlich machen könnten. Neueinstellungen wären zudem wichtiger. Die Interessenvertreter der Kapitaleigentümer stellen sich vor die Mikrofone und Kameras und fordern dreist: „Wir müssen wieder länger arbeiten!“ Aber diese Behauptung ist verlogen! Denn wenn es bei verlängerter Arbeitszeit nicht gleichzeitig mehr Aufträge gibt, werden Beschäftigte entlassen;

schließlich kann das gleiche Auftragsvolumen bei längeren Arbeitszeiten mit weniger Personal bewältigt werden. Zudem sinken die Stundenlöhne, wenn der Wochenlohn oder das Gehalt nicht mehr durch 35 oder 38 Wochenstunden, sondern durch 40 oder 42 Wochenstunden geteilt wird. Da der Stundenlohn in sehr vielen Branchen die Berechnungsgrundlage für Zuschläge, Urlaubsgeld und andere tarifliche Leistungen ist, bedeutet die längere Arbeitszeit ohne Lohn- und Gehaltsausgleich für die Beschäftigten unterm Strich Einkommensverluste. Das heißt: Weniger Einkommen = weniger Konsum! Weiterer Arbeitsplatzabbau ist die Folge.

Mit der seit Jahren steigenden Produktivität in vielen Branchen wären spürbare Arbeitszeitverkürzungen kostenneutral möglich gewesen. Dadurch hätte Beschäftigung besser gesichert werden können. Der Vorwurf, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden sei ein Irrweg gewesen, ist völlig unhaltbar. Die mühsam erkämpften Schritte zur Verkürzung der Arbeitszeiten waren vielmehr zu klein, um Arbeitsplätze zu retten!

Auf Kosten der Beschäftigten

Die Flexibilisierung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit ist auch in Deutschland weit fortgeschritten. Ein großer Vorteil für die Unternehmer sind Vereinbarungen über Arbeitszeitkonten. Damit kreditieren Beschäftigte die Gegenleistung der Firma für geleistete Mehrarbeit, die durch Geld oder Freizeit ausgeglichen werden muss, oftmals bis zu zwölf Monate und manchmal

- Fortsetzung auf Seite 3 -

FDP will Tarifverträge beseitigen!

Führungskräfte der FDP sehen sich bereits in der künftigen Regierung. Mit dummen Parolen macht sich die politische Randgruppe lautstark bemerkbar. In lächerlicher Betonung ihrer vermeintlich eigenen Wichtigkeit werden bereits Ministerposten im schwarz-gelben Bündnis beansprucht. Hoffentlich werden die Wählerinnen und Wähler dieses Land davor bewahren, denn diese FDP ist absolut überflüssig!

Die Klientelpartei hat in den vergangenen Wochen überdeutlich gemacht, dass sie den abhängig Beschäftigten, und damit der großen Mehrheit unseres Volkes, die Gleichberechtigung in der Wirtschaft verweigert. Die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel hat für diese Partei Vorrang! Im Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 21. Februar 2005 wird proklamiert: „Die immer noch vorhandene ausgedehnte Regulierung des Arbeitsmarktes, die zentralisierten und starren Tarifverträge sowie die zu hohe Belastung der Arbeit durch Steuern und Abgaben müssen beseitigt werden....Die ausgesetzte Vermögenssteuer muss endgültig abgeschafft werden, und die Eigenkapitalbildung gestärkt werden.“

Im marktradikalen Selbstverständnis der FDP dürfen Eigentumsrechte und Verfügungsmacht über Produktionsmittel nicht eingeschränkt werden. Ein Regelungsbedarf des Staates zur Sicherung der Freiheitsrechte aller Bürgerinnen und Bürger wird nicht nur als politisch unzulässig angesehen, sondern als Störung der Funktion der Märkte. Die parteipolitischen Ziele der FDP berücksichtigen nicht, dass Produktionsmittel-Eigentum ungleich verteilt ist und dass dies Folgen für die Würde und die Freiheit der Menschen ohne Eigentum an Produkti-

onsmitteln hat. Auch die Tarifautonomie als Freiheitsrecht, die durch unsere Verfassung garantiert ist, soll erheblich eingeschränkt werden: „Mit der gesetzlichen Öffnung des Flächentarifs, der Legalisierung von betrieblichen Bündnissen für Arbeit und der Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung würden die Tarifverträge endlich dem Wettbewerb geöffnet.“ Die Konkurrenzsituation zwischen den abhängig Beschäftigten und zwischen den Belegschaften soll zur Sicherung der Renditen besser genutzt werden! Von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist hier nicht mehr die Rede. Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen soll nur noch durch Verzicht der Beschäftigten möglich sein.

Freiberufler und Selbstständige stellen die stärksten Wählergruppen der FDP. Geht es an ihre Pfründe, spielt der viel gepriesene Wettbewerb keine Rolle mehr. Die FDP schützt die Ärzte. Die FDP schützt die Handwerker und Apotheker. Und sie schützt die Honorarordnungen der Architekten und Rechtsanwälte, deren Preise nicht vom Markt, sondern vom Gesetzgeber festgesetzt werden. Liberalismus? Nur wenn es für die eigene Klientel Vorteile bringt.

Die Positionen der FDP sind verlogen, demokratiefeindlich und missachten wesentliche Aufträge unserer Verfassung. Es muss dafür gekämpft werden, dass diese Partei bei den folgenden Wahlen endgültig aus den Parlamenten verschwindet. Kein Arbeitnehmer und keine Arbeitnehmerin kann die FDP aus Überzeugung wählen.

-Fortsetzung von Seite 2 -

sogar darüber hinaus. Welche Bank gibt einem Betrieb Kredite ohne Zinsen? In einigen Tarifbereichen gibt es Arbeitszeitverteilungspläne. Das bedeutet: Die tarifliche Wochenarbeitszeit kann durch Betriebsvereinbarung ungleich verteilt werden und muss lediglich im Durchschnitt des vereinbarten Zeitraums eingehalten werden. Weitere Instrumente zur Flexibilisierung von Arbeitszeiten sind Schichtarbeit, Leiharbeit, Kurzarbeit, Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse. Noch mehr Gestaltungsmöglichkeiten sind kaum denkbar. Oft sind Führungskräfte in den Betrieben allerdings zu wenig qualifiziert, um die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten sinnvoll zu nutzen. Managementfehler verursachen häufig Verluste.

Europa als Vorwand

Nun kommen die Kapitalfunktionäre mit der Behauptung, längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne und Gehälter in anderen EU-Ländern machten eine weitere Senkung der Arbeitskosten in Deutschland erforderlich. Bleibt zu fragen: Sinken dann auch die Mieten und Lebenshaltungskosten in unserem Land? Und wie sollen im Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Leistungen und Steuern in Europa Arbeitsplätze gesichert und Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden? Nicht die Arbeit ist zu teuer, sondern das Kapital! Jede Verlängerung der Arbeitszeit ist unter den herrschenden Verwertungsbedingungen unverantwortlich!

Franz Kersjes

Mehr zum Thema **Tarifflicht** unter www.weltderarbeit.de

F.K.

SPD-Unternehmen gegen Tarifvertrag

In Ostwestfalen kämpfen Zeitungszusteller/innen um einen Tarifvertrag. Seit November 2004 liegt der Geschäftsleitung der Verlagsgruppe *Neue Westfälische* in Bielefeld ein Vertragsentwurf der ver.di vor. Aber das Unternehmen, an dem die SPD über ihre Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) mit einem Gesellschafteranteil von 57,5 Prozent beteiligt ist, verweigert den etwa 1.200 Boten tariflichen Schutz.

In der jüngsten Betriebsversammlung erklärte die Geschäftsleitung unmissverständlich, sie werde mit ver.di auf keinen Fall über den Tarifvertragsentwurf verhandeln. Als „Begründung“ wurde angegeben, dieser Tarifvertrag würde zum Ruin des Unternehmens führen. Bis vor kurzem galt lediglich eine Betriebsvereinbarung, die mittlerweile von der Geschäftsleitung gekündigt worden ist. Bezahlung und Urlaubsanspruch wurden für neu eingestellte Zustellerinnen und Zusteller bereits verringert. Dazu folgendes Beispiel: Ein Zusteller, der seit 1996 beschäftigt ist, erhält 2,55 Euro (inklusive Nachtzuschlag) brutto pro Tageszeitungs-Abo im Monat. Er hat einen Urlaubsanspruch von sechs Wochen. – Ein Zusteller, der seit 2004 dabei ist, erhält für dieselbe Leistung 2,00 Euro. Sein Urlaubsanspruch reduzierte sich auf vier Wochen.

Zusteller im Warnstreik

Die letzte Lohnerhöhung erfolgte vor drei Jahren. Am 1. Juni 2005 wurden die Beschäftigten in eine neue Logistik-Gesellschaft überführt, bei der die Arbeits- und Lohnbedingungen wahrscheinlich noch schlechter werden.

Zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen für einen betriebsbezogenen Mantel- und Entgelttarifvertrag hat ver.di am 21. Mai zu einem ersten Warnstreik aufgerufen. Die Streikenden informierten die Leserinnen und Leser der *Neue Westfälischen* über ihre Situation und ihre Forderungen. Am Streiktag wurde die Tageszeitung in etwa 80 Zustellbezirken nicht ausgetragen. Im Call-Center des Verlages gingen an diesem Samstag über 2.500 telefonische Beschwerden ein. Die dort beschäftigten Mitarbeiter/innen durften den Anrufern jedoch nicht die Wahrheit sagen, sondern mussten auf „technische Schwierigkeiten“ hinweisen.

SPD-Abgeordnete schweigen

Ver.di hat in der Auseinandersetzung auch die heimischen SPD-Mitglieder des Landtages und des Bundestages durch einen Offenen Brief zu einer Stellungnahme aufgefordert. Bislang hat niemand geantwortet. Weitere Streikaktionen sind erforderlich, um beim Mehrheitsgesellschafter SPD die Einsicht in die notwendigen Tarifverhandlungen zu erzwingen. Tarifliche Mindestarbeitsbedingungen müssen die bestehenden Ungleichbehandlungen ersetzen. Ein Mindestlohn muss auch die Zeit stärker berücksichtigen, die für die Zustellung der Zeitungen in einem Bezirk benötigt wird. Der Zeitaufwand in ländlichen Bereichen oder in Außenbezirken einer Stadt ist wesentlich höher als in einem dicht besiedelten Innenstadtbereich. Darüber hinaus müssen spezifische Anforderungen und Belastungen für die Zusteller/innen auf der Grundlage des Gleichbehandlungsgrundsatzes tariflich geregelt werden.

Franz Kersjes

Nachrichten

Zuschläge werden besteuert
Steuererleichterungen für die Reichen sollen durch geringere Leistungen für Arbeitslose und Lohnraub bei den abhängig Beschäftigten finanziert werden. CDU und CSU wollen nach einem Wahlsieg im Herbst die Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge abschaffen und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von derzeit 6,5 auf 5 Prozent verringern. Außerdem soll die Kilometerpauschale drastisch gesenkt werden und die Eigenheimzulage auf den Prüfstand kommen. Das kündigte CSU-Vorsitzender Stoiber in der Wochenzeitung *Die Zeit* an. Im Gegenzug soll die Einkommenssteuer auf 12 bis höchstens 39 Prozent reduziert werden. Die mit Abstand größte Steuerersparnis haben dadurch die Besserverdienenden und Einkommensmillionäre. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer schloss Stoiber nicht aus.

Profite durch Zwangsarbeit
Weltweit arbeiten gegenwärtig mindestens 12,3 Millionen Frauen, Männer und Kinder unter Zwang oder sklavenähnlichen Bedingungen. In ihrem Bericht „Eine globale Allianz gegen Zwangsarbeit“ hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) dieses Thema erstmals mit konkreten Zahlen belegt. Am größten ist das Problem in Asien, Afrika und Lateinamerika, doch auch die Industrieländer sind nicht frei davon. Skrupellose Geschäftemacher streichen auf diese Weise Profite in Höhe von mindestens 44 Milliarden Dollar im Jahr ein. Die höchsten Gewinne erreichen Menschenhändler mit dem Ziel der Ausbeutung von Arbeitskraft und/oder Sexualität.

Blick zurück**Als Europa den Stier bei den Hörnern packte**

Vor 25 Jahren wurde das „Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz“ vom Deutschen Bundestag verabschiedet, genau genommen am 25. Juni 1980. – Wieso eigentlich erst so spät? Steht nicht schon seit 1949 im Grundgesetz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“? Und gehört die Gleichberechtigung nicht zu den Grundrechten? Wozu dann noch ein Gesetz zur Gleichbehandlung am Arbeitsplatz? Weil es eben ganz so einfach nicht war; denn frühere Gesetze mussten dem neuen Grundrecht angepasst werden. Dazu hatte der Gesetzgeber vier Jahre Zeit. Aber der hielt sich nicht dran; er musste ermahnt werden, auch vom Bundesverfassungsgericht. Unterdessen lebte die Republik ungestraft im Zustand des Verfassungsbruchs. Erst Ende der Fünfzigerjahre gab es gesetzgeberische Maßnahmen zu einer Annäherung an den Gleichbehandlungsgrundsatz. Doch noch weitere Jahre war geltendes Recht, dass Ehemänner zustimmen mussten, wenn ihre Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen wollten.

Dann aber kam Europa ins Spiel, das derzeit viel geschmäht. Denn das erwähnte Gesetz von 1980 wäre nicht „schon“ damals beschlossen worden, wenn es die Europäische Gemeinschaft, ihr Parlament und dort besonders den Ausschuss für die Rechte der Frau nicht gegeben hätte.

Von der EWG zur EU

Zur Erinnerung: Ursprung der heutigen EU waren die Römischen Verträge von 1957, aus denen zunächst die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

erwuchs. Deutschland zählte zu den sechs Gründerstaaten. In Artikel 119 der Verträge hieß es: „Jeder Mitgliedstaat wird... den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden.“ Allerdings hatten die Vertreter der EWG-Signatarstaaten mit ihrem Art. 119 keineswegs die prinzipielle Gleichberechtigung von Frau und Mann im Arbeitsleben im Sinn; darum ging es ihnen überhaupt nicht. Sie dachten an eine ganz andere Gleichberechtigung, nämlich an Wettbewerbsgleichheit unter den sechs EWG-Mitgliedsländern: Staat X sollte mit Frauen-Billigstlöhnen keinen Wettbewerbsvorteil gegenüber Staat Y erhalten, der weibliche Arbeiter etwas gerechter entlohnte. Doch die Umsetzung in nationales Recht der EWG-Länder fand trotz gelegentlicher Mahnungen zunächst überhaupt nicht statt. Und dann entdeckten Frauen Art. 119 der Römischen Verträge: Sie beriefen sich darauf, klagten und erstritten gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Später erreichten die Arbeiterinnen bei Schickedanz und die Heinze-Frauen ähnliche, damals spektakuläre Erfolge.

Aus der EWG wurde die EG, später die EU. Ihrem Parlament und besonders dem erwähnten Ausschuss für die Rechte der Frau sind zahlreiche der sogenannten Frauen-Richtlinien zu danken. Auch die Frauen des Europäischen Gewerkschaftsbundes machten Druck. 1975 wurde die „erste Richtlinie über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen“ zu europäischem Recht, das direkt aus Art 119 des EWG-Vertrags abgeleitet worden war. Da europäisches Recht

nationales Recht bricht, mussten und müssen alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft resp. Union innerhalb jeweils gesetzter Fristen die Richtlinien in die Gesetzgebung ihrer Länder aufnehmen. „Arbeitsrechtliches EG Anpassungsgesetz“ wurde deshalb das Gleichbehandlungsgesetz von 1980 genannt.

Druck vom Gerichtshof

Die Bundesrepublik Deutschland war in der Umsetzung der von ihr mitbeschlossenen Richtlinien in bundesdeutsches Recht keineswegs Vorreiterin. Sie musste ermahnt werden, nach ihrer Unterschrift unter die betreffenden Richtlinien auch entsprechende Gesetze zu erlassen. Das „Arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz“ vom Sommer 1980 kam hierzulande letztlich nur zustande, weil der Europäische Gerichtshof die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland androhte. Daraufhin bequemte sich der Bundestag, aktiv zu werden, fand mit seinem Gesetz aber keineswegs den Beifall der EG-Kommission. Eine der kritischen Beobachterinnen der damaligen parlamentarischen Vorgänge erklärte nach Verabschiedung des Gesetzes, es sei „weniger von Reformwillen getragen, dafür aber so stümperhaft gemacht, dass das EG Anpassungsgesetz allseits Wut und Hohngelächter hervorrief“. Und doch – so muss rückblickend gesagt werden – bedeutete es viel mehr als vorher vorstellbar gewesen war.

Antje Dertinger

Der vollständige Text ist als Gastbeitrag erschienen unter www.weltderarbeit.de

Genossenschaften als Alternative**Selbsthilfe gegen Armut und Ausbeutung**

Nicht die Arbeit ist zu teuer, sondern das Kapital! Keine Gesellschaft sollte sich der Profitgier von Vermögensbesitzern und ihren Managern ausliefern. In ganz Europa beweisen Genossenschaften, wie erfolgreich demokratisch geführte Unternehmen sein können. Einzelne Personen oder Kleinunternehmen schließen sich zusammen, bündeln ihre Interessen und teilen die so erzielten Vorteile unter sich auf. Rund 132.000 genossenschaftliche Unternehmen mit mehr als 80 Millionen Mitgliedern gibt es in der Europäischen Union.

Besonders im Ausland sind die Gemeinschaftsunternehmen weit verbreitet. In Spanien sind beispielsweise viele Schulen in der Trägerschaft von Bildungsgenossenschaften, über die sowohl Eltern als auch Lehrer den Schulbetrieb mitbestimmen. In Italien bieten soziale Genossenschaften behinderten Menschen oder ehemaligen Strafgefangenen neue Arbeitsplätze. Vor allem in der Schweiz haben die Genossen eine bedeutende Stellung in der Wirtschaft.

Sozialer Mikrokosmos

Es gibt in Europa sehr unterschiedliche Ausprägungen, Ideen und Wertvorstellungen - von sozial orientierten Organisationen bis zu Gemeinschaften, die wirtschaftliche Interessen bündeln. „Die Genossenschaft ist nicht nur ein Unternehmestyp, sondern ein gesellschaftliches Mikrosystem von ganz besonderer, auch kultureller Sensibilität“, stellt der Marburger Wirtschaftswissenschaftler Eberhard Dülfer in einer Studie

zum europäischen Genossenschaftswesen fest.

In Deutschland konzentrieren sich die meisten genossenschaftlichen Initiativen auf wenige Wirtschaftsbereiche. Zu finden sind diese Verbindungen vor allem im Bankenbereich, in der Landwirtschaft, als Einkaufs- und Absatzgenossenschaften, im Einzelhandel und im Wohnungsbau. Genossenschaften sind darüber hinaus etwa die Vergabestelle der de-Domains, die Denic und *die tageszeitung (taz)*.

Alternative zur Privatisierung

Die Genossenschaft ist vielleicht sogar der vernünftigste Weg für viele kommunale Privatisierungsvorhaben, da sie eine weit reichende Berücksichtigung örtlicher Interessen sichert. Die Eignung der Genossenschaft zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben bzw. von Aufgaben im öffentlichen Interesse beweisen nicht nur bestehende Genossenschaften in Bereichen wie Wasserversorgung, Krankenhäuser, Schulen und Wochenmärkten, sondern zunehmend auch das Interesse an genossenschaftlichen Privatisierungsansätzen in der politischen Diskussion. Bisher ist allerdings die Weiterführung von städtischen Hallenbädern oder kommunalen Bibliotheken in Form von Genossenschaften die Ausnahme, weil diese bewährten Wege kaum beschritten werden. Dabei könnte die Verfolgung gemeinsamer Interessen von Bürgern, Vereinen oder Trägern städtischer Einrichtungen zu neuen Möglichkeiten für die Erhaltung und Verbesserung kommunaler Dienstleistungen führen. „Das Genossenschaftsmodell hat

dabei den besonderen Charme, die Leistungsfähigkeit eines privaten Unternehmens mit der Verantwortung für die Gewährleistung einer öffentlichen Aufgabe zu verbinden“, betont der Verwaltungsexperte Folke Schuppert von der Humboldt-Universität Berlin.

Genossenschaften sind geprägt durch die Grundsätze der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung. Genossenschaftliche Organisationsformen können, wie historische Erfahrungen lehren, auch aktuell den Erfordernissen der Ökonomie des Gemeinwesens am ehesten gerecht werden. Eine Gemeinwesenökonomie dient nicht primär der privaten Profitmaximierung, und sie orientiert sich nicht am Weltmarkt, sondern an der Bedarfsdeckung, an der Existenzsicherung und an der Integration der Bevölkerung. Sie dient der Erhaltung der materiellen und nicht-materiellen Lebensgrundlagen des Gemeinwesens und soll den Zugang aller Bürger, insbesondere der benachteiligten, an diesen Lebensgrundlagen ermöglichen.

Im Zentrum steht der Mensch

Oskar Negt bezeichnet die Ökonomie des Gemeinwesens als Zweite Ökonomie, die konträr zur Ersten steht, der Ökonomie der toten Arbeit und der Kapitallogik. Die Zweite Ökonomie greift den abgerissenen Faden des klassischen ökonomischen Denkens wieder auf und rückt den Lebenszusammenhang der Menschen, ihre konkrete Lebenswelt, ins Zentrum der Betrachtungen - eine Chance, die viel zu selten genutzt wird. -es.

Militärausgaben steigen weltweit**Tödliche Geschäfte**

Abrüstung und Rüstungskontrolle haben schlechte Chancen. Daran hat sich nichts geändert. Im Gegenteil: Nach Angaben des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI) liegen die Weltrüstungsausgaben mit 956 Milliarden Dollar wieder so hoch wie im Kalten Krieg. In den Staaten der Europäischen Union verschlingen die 20 größten derzeit laufenden Rüstungsprojekte rund 550 Milliarden Euro. Die Dritte Welt ist Hauptabnehmer der Waffenhändler. Ausgerechnet die ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates stehen bei den Geschäften an der Spitze.

Aufrüstung statt Hungerhilfe

Zwischen dem, was in der Welt für die Aufrüstung ausgegeben wird, und dem, was an Geld für die Bekämpfung der Armut zur Verfügung steht, klafft eine riesige Lücke. Nach einem Bericht der internationalen Hilfsorganisation Oxfam leisten sich die reichen Länder nur noch halb soviel Entwicklungshilfe wie in den 60er Jahren, obwohl sich ihr Reichtum seitdem verdreifacht hat. Die Militärausgaben der Industriestaaten machen heute das Zehnfache der Entwicklungshilfe aus!

Nach Recherchen des ARD Politikmagazins *Report Mainz* ist DaimlerChrysler über den Rüstungskonzern EADS an Geschäften mit Streumunition und Landminen beteiligt. Außerdem beteiligt sich EADS, an dem der Autokonzern einen Anteil von 33 Prozent hält, an der massenhaften Neuproduktion von Raketen für Streumunition.

SPD und Grüne haben einer deutschen Beteiligung an dem internationalen Rüstungsprojekt

MEADS zugestimmt. Der Haushaltsausschuss des Bundestages bewilligte 847 Millionen Euro für die Entwicklungskosten. Die erst im nächsten Jahrzehnt fällig werdenden Beschaffungskosten werden auf 2,85 Milliarden Euro beziffert.

Deutsche Rüstungsexporte

Der Bundesregierung ist es seit 1998 nicht gelungen, ihrem erklärten Ziel einer restriktiven Rüstungsexportpolitik in der Praxis näher zu kommen. Während weltweit die Rüstungsmärkte schrumpfen, werden in Deutschland immer mehr Rüstungsexporte genehmigt. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist der weitgehend unbehinderte Export deutscher Rüstungskomponenten. Dabei handelt es sich um Bestandteile von Waffen oder Waffensystemen, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können.

Das tödliche Geschäft wird mit Zahlen eindrucksvoll belegt: In den Jahren 1999 bis 2003 machten Rüstungskomponenten deutlich mehr als die Hälfte des Gesamtwertes aller Exportgenehmigungen in Höhe von etwa 27 Milliarden Euro aus. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Made in Germany inside: Komponenten – die vergessenen Rüstungsexporte“, vorgelegt vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) und Oxfam Deutschland.

Britische Panzerhaubitzen rollen auf Ketten der deutschen Firma Diehl Remscheid, Soldaten morden mit modernisierten Sturmgewehren von Heckler & Koch, und Kampfflugzeuge zielen unter Mitwirkung der Infrarot-Sensor-

Technik von AEG. Oft gelangen die Waffenbestandteile über Drittstaaten auf Kriegsschauplätze und in Länder, für die es aufgrund der deutschen Rüstungsexportrichtlinien überhaupt keine Genehmigung geben dürfte.

Rüstungskomponenten können leichter exportiert werden als vollständige Waffen, weil die Genehmigungskriterien weniger restriktiv gehandhabt werden. Verantwortlich dafür ist ein schwer durchschaubares Dickicht aus Rüstungsexportgesetzen, Gewohnheitsrechten, alten Lieferzusagen, Präzedenzfällen, Sonderregelungen und politischen Verpflichtungen. Da werden Motoren für U-Boote ohne rechtliche Probleme in ein Embargoland wie China geliefert, weil sie rein theoretisch auch zivil genutzt werden könnten. Deshalb werden auf derartige Exporte die strengeren Standards des Kriegswaffenkontrollgesetzes nicht angewendet.

Abrüstung in der Krise

Besonders in großen Industriestaaten fehlt die Bereitschaft zur spürbaren Reduzierung von Militärausgaben. Nach Angaben des Bonner Konversionszentrums (BICC) wurden im Jahr 2004 für Kriegszwecke mehr als 1.000 Milliarden Dollar ausgegeben. Die Kriege im Irak und in Afghanistan haben allein etwa 150 Milliarden Dollar gekostet. 25 Kriegsschauplätze und 17 bewaffnete Konflikte gab es im vergangenen Jahr weltweit. Fast ein Drittel aller Konflikte wurde um die Verfügbarkeit von Rohstoffen geführt.

(Oxfam/BICC/BITS/ARD)

Ausbildung zum Bierholen

Mit einem „Schwarzbuch Ausbildung“ hat der DGB auf gravierende Missstände in der beruflichen Erstausbildung aufmerksam gemacht. Insgesamt 77 Beispiele über erschreckende Mängel in der Berufsausbildung wurden stellvertretend für die über 2.000 dem DGB gemeldeten Fälle zusammengefasst.

Besonders häufig wird über schlimme Zustände im Einzelhandel, Hotel- und Gaststätten-gewerbe sowie bei freien Berufen - beispielsweise Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien – geklagt. Aufgeführt werden neben Mobbing, ausbleibenden Zahlungen der Ausbildungsvergütungen, extrem vielen Überstunden auch ausbildungsfremde Tätigkeiten. Mit Ausbildung hat

das alles offensichtlich wenig zu tun, eher mit Ausbeutung. Da ist es nicht verwunderlich, dass im Jahr 2003 etwa 133.000 Auszubildende ihre Ausbildung vorzeitig abgebrochen haben. Das ist ein Fünftel aller Lehrstellen.

Seit die Online-Beratung im Jahr 2003 gestartet wurde, haben mehr als 2.000 Jugendliche davon Gebrauch gemacht. Sie waren während der Ausbildung gedemütigt, gemobbt, ausgebeutet oder sexuell belästigt worden. Viele junge Menschen zögern jedoch und bitten nur im schlimmsten Notfall um Rat. Sie sind froh, überhaupt einen Ausbildungsplatz bekommen zu haben und wollen nicht riskieren, ihn zu verlieren und womöglich keinen neuen zu finden.

Die Lage am Ausbildungsmarkt hat sich dramatisch verschlechtert. Im April 2005 standen insgesamt rund 32.700 betriebliche Ausbildungsplätze weniger zur Verfügung als im April des vorigen Jahres.

Gleichzeitig ist die Qualität der beruflichen Erstausbildung spürbar gesunken. Der so genannte Ausbildungspakt, der auf Veranlassung der Bundesregierung zustande kam, hat weder die quantitativen, noch die qualitativen Probleme gelöst. Die Unternehmer sind für die unerträglichen Missstände verantwortlich. Der DGB will dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag nun einen „Qualitätspakt“ für bessere Ausbildung anbieten und verlangt von den Kammern mehr Kontrollen der Betriebe.

Franz Kersjes

www.doktor-azubi.de

Lesetipp

Le Monde diplomatique Monatszeitung für internationale Politik

- > analysiert regionale und globale Entwicklungen,
- > benennt politische Akteure,
- > stellt kulturelle und zeitgeschichtliche Zusammenhänge her,
- > debattiert über Gefahren, die die Welt bedrohen, und Ideen, die die Welt verändern,
- > erscheint weltweit monatlich in 20 Sprachen und über 30 Ländern mit über 1,5 Millionen Lesern.

Probeabonnement anfordern:
Le Monde diplomatique
Abonnentenservice
Postfach 610229
10923 Berlin

www.monde-diplomatique.de

Konzerne verdienen wie nie zuvor!

Die 30 größten Konzerne, die an der Börse notiert sind, haben im ersten Quartal 2005 soviel verdient wie noch nie: Erstmals haben gleich fünf DAX-Unternehmen mehr als eine Milliarde Euro netto kassiert. In einem einzigen Quartal!

Im Durchschnitt haben diese Konzerne im ersten Quartal zwar 17 Prozent mehr verdient als im gleichen Quartal des Vorjahres, aber nur 1,5 Prozent mehr an Umsatz gemacht.

Profite wurden hauptsächlich dadurch erzielt, dass wieder einmal die Arbeitskosten gesenkt und Beschäftigte entlassen wurden. Das zeigt erneut: Es wird nicht investiert! Es werden keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern vernichtet! Die Arbeitslosigkeit steigt! Die Binnenkonjunktur ist weiterhin katastrophal! Und

die Regierungen in Europa tun nichts, um die Profitgeier zu disziplinieren und die Finanzmärkte zu regulieren. Die Parole lautet immer noch: Freiheit der Ökonomie! Ohne Verantwortung!

Die steigende Arbeitslosigkeit lässt sich nicht auf zu hohe Löhne und zu teure Tarifverträge zurückführen. Nicht auf den Arbeitsmärkten, sondern auf den Finanzmärkten wird über den Abbau von Arbeitsplätzen entschieden. Deshalb müssen die Finanzinvestoren unter die Kontrolle der Aufsichtsämter in Deutschland und in Europa gestellt werden. Die Steuerbefreiung für Gewinne aus der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen muss unverzüglich abgeschafft werden. Jede Form des Spekulationskapitalismus muss politisch aktiv und rigoros bekämpft werden.

–es.

Menschenfeindliche Politik

„Viele Regierungen verfolgen heute eine menschenrechtsfeindliche Politik, obwohl sie sich formal zu Demokratie und Menschenrechten bekennen. Sie brechen damit ihre Verpflichtung zu einer auf Menschenrechten basierenden Weltordnung. Sie verhöhnern die Menschenrechte“, sagte Barbara Lochbihler, Generalsekretärin von amnesty international in Deutschland bei der Vorstellung des ai-Jahresberichts 2005.

Nach wie vor missbrauchen Staaten den „Krieg gegen den Terror“ als Rechtfertigung, um Menschen „verschwinden“ zu lassen, ohne ordentliches Verfahren zu inhaftieren, zu misshandeln und zu foltern. Der Folter-Skandal im Bagdader Abu-Ghraib-Gefängnis ist nicht unabhängig und umfassend untersucht worden. Verantwortliche auf höherer Ebene werden entweder nicht oder nur geringfügig belangt. Rechtsstaaten einschließlich Deutschlands diskutieren über die Zulässigkeit von Folter. „Die internationale Gemeinschaft steht an einem Schei-

deweg. Sie wird sich entscheiden müssen, ob sie es mit der Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte ernst meint“, sagte Lochbihler.

Der neue ai-Jahresbericht dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in 149 Ländern. Das bedeutet, dass über drei Viertel aller UN-Mitglieder gegen die UN-Menschenrechtskonvention verstoßen. Aus 104 Staaten liegen ai-gesicherte Kenntnisse darüber vor, dass Menschen von Polizisten, Sicherheitskräften oder anderen Staatsangestellten gefoltert und misshandelt wurden. In 64 Ländern wurden Menschen zum Tode verurteilt, in 25 Ländern wurden mindestens 3.797 Todesurteile vollstreckt. Gewaltlose politische Gefangene registrierte ai in 35 Ländern. Verstöße gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit musste ai in 79 Ländern feststellen.

Die deutsche Übersetzung des ai-Jahresberichts 2005 erscheint im Fischer-Verlag. Sie hat 635 Seiten und kostet 13,90 Euro.

www.amnesty.de

Buchtipp

Werner Biermann/Arno Klönne
Kapital-Verbrechen
Zur Kriminalgeschichte des Kapitalismus
PapyRossa Verlag, 208 Seiten, 14,80 Euro

Die Geschichte des Kapitalismus von der überseeischen Expansion Europas bis in die Gegenwart: Vom Raub der Edelmetalle Amerikas, der Freibeuterei, dem Sklavenhandel und den Zuckerplantagen in der Karibik oder der

Vernichtung der Textilindustrie Indiens über die Modernisierung durch Fließbandarbeit bis zu den Machenschaften um Erdöl. Dieses Muster und seine Symbiose aus Gewalt, Unterdrückung und Krieg machen die Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus auch zu einer Kriminalgeschichte.

Zu den Autoren:

Dr. Werner Biermann ist Privatdozent für Soziologie an der Universität Paderborn. Dr. Arno Klönne, Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Paderborn

Kommentar

Non und Nee

Das Volk hat entschieden! Aber anders als die Politiker in Frankreich und in den Niederlanden gewünscht haben. Die individuellen Motive für das Abstimmungsverhalten mögen unterschiedlich gewesen sein. Aber viele Entscheidungen sind geprägt vom Nein zum Neoliberalismus. Die Menschen sind absolut nicht einverstanden mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung, mit der steigenden Massenarbeitslosigkeit, mit Lohnraub und Sozialabbau in der Europäischen Union. Der Wettbewerb zwischen den EU-Staaten um die niedrigsten Löhne, Steuern und Sozialstandards bedeutet für viele Menschen wachsende Armut und Unsicherheit. Renditen werden höher bewertet als die Sicherung von Arbeitsplätzen. Viele Politiker haben Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand versprochen. Stattdessen erleben die Menschen täglich die dramatischen Konsequenzen der neoliberalen EU-Politik. Hinter dick gepolsterten Türen basteln Bürokraten an immer neuen Regulierungen des alltäglichen Lebens. Da darf man sich nicht wundern, wenn die Proteste wachsen. Und der Widerstand wird zunehmen, wenn es kein demokratisches und soziales Europa geben wird.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Franz Kersjes, Abendrothstraße 5,
50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35

Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

www.weltderarbeit.de

Nachdruck erwünscht.
Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.